

Wortbeitrag auf dem Hearing des Deutschen Bundestages zu den Empfehlungen der Expertenkommission („Sabrow-Kommission“) zur Schaffung eines „Geschichtsverbundes Aufarbeitung der SED-Diktatur“.

### **Siegfried Reiprich, Vertreter des Direktors der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich kann und möchte das Fernbleiben von Herrn Drieselmann (Gedenkstätte Normannenstraße, Haus I) nicht kommentieren. Vielleicht gibt es, wenn man etwas spekulieren darf, doch eine der unseren etwas ähnliche Gemütslage. Die Gedenkstätte Hohenschönhausen ist nicht glücklich mit den Ergebnissen der Arbeit der Expertenkommission. Der Knackpunkt der heutigen Diskussion liegt in der Frage oder in der Antwort auf die Frage: Ist die Delegitimierung linkstotalitärer Gesellschafts-, Geschichts- und Politikentwürfe, ist die Delegitimierung der kommunistischen Diktatur im Osten Deutschlands wirklich nachhaltig gelungen oder nicht ?

Nach unserer Wahrnehmung - wir sind da nahe bei der Auffassung von Frau Klier - sieht es eher so aus, als ob diese Delegitimierung auf der Kippe stünde. Nun mag es ja so sein, dass in der Politik oder in der Wissenschaft diese Delegitimierung vollständig und nachhaltig gelungen ist. Die praktisch immer wieder sichtbare Situation ist aber eine andere, und deswegen vermissen wir, dass die Kommission erst einmal eine aus unserer Sicht realistische Analyse der Lage ihren Überlegungen vorangestellt hätte.

Die Erinnerung an die Diktatur verblasst. Nach 16 Jahren wird sie zunehmend verklärt. Eine große Minderheit der Ostdeutschen lehnt es überhaupt ab, die DDR als Diktatur zu verstehen. Es ist eine neue Generation herangewachsen, Schüler mit zum Teil katastrophalen Nicht-Kenntnissen oder sogar Falsch-Kenntnissen. Die historischen Kenntnisse sind rudimentär und DDR-Vorstellungen manchmal auch positiv. Es gibt nach wie vor eine Verweigerungshaltung, sich mit der DDR offen auseinander zu setzen - in Elternhäusern und in Schulen. Ehemalige Funktionäre, nicht nur ein paar alte rote Reaktionäre wie unlängst in Hohenschönhausen, treten auf und versuchen die Geschichte umzuschreiben. Es findet sogar ein schleichender Prozess der Neulegitimierung statt. Und aus der Perspektive von Opfern und Widerständlern, die ja auch nur partiell in der Kommission vertreten waren, sieht es manchmal so aus, als ob man von der Zivilgesellschaft allein gelassen würde mit der Arbeit gegen dieses „Umlügen“ der Geschichte der kommunistischen Diktatur. Die Träger von Opposition und Widerstand und die Opfer der politischen Verfolgung sind weitgehend marginalisiert, während die Mitläufer und Täter von der deutschen Gesellschaft sehr viel Verständnis und auch sehr viel Geld bekommen - für Sonderrenten zum Beispiel 3,5 Milliarden pro Jahr. Der besonders riskante frühe Widerstand in den 40er und 50er Jahren, ist zum Beispiel fast völlig vergessen worden. Wer kennt den Namen jenes Leipziger Studenten (Helmut Belter), der, wie Sophie Scholl, Flugblätter verteilte und hingerichtet wurde?

Die kritische Aufklärung über die Diktatur verdankt sich vor allem dem bürgerschaftlichen Engagement der letzten 16 Jahre. Wenn es nicht hinreichend gelungen ist, gegen „Ostalgie“ Widerstand im geistigen Sinne zu leisten, dann liegt das, sofern der Staat involviert ist, vor allen Dingen an unzureichender finanzieller Unterstützung. Wir haben manchmal den Eindruck, als ob die tagtägliche Arbeit das ist: einen Pfahl einzuschlagen in den Deich gegen die ewige Flut, die ewige Flut der Ignoranz, des Zynismus, des Nichtwissenwollens.

Es ist völlig richtig, dass, wenn man eine Diktatur verstehen will – wie bei den hoch verehrten Vorrednern ausdrücklich gesagt wurde – selbstverständlich die Erkenntnis der Diktatur als Repressionsinstrument, als Repressionsstaat allein nicht hinreichend ist. Das ist vollkommen klar. Wenn jedoch eine Expertenkommission wie die jetzige sagt, es solle umstrukturiert werden, es solle effektiviert werden und so weiter, aber nicht sagt, woher das Geld kommen soll, wenn man schon neue Baustellen aufmacht, dann entsteht natürlich die Befürchtung, dass es auf Kosten der bestehenden, zivilgesellschaftlich gewachsenen Strukturen gehen wird. Natürlich ist diese Befürchtung nicht beweisbar, das Gegenteil aber auch nicht. In diesem Zusammenhang möchte ich sagen (ich muss jetzt hier nicht Herrn Knabes öffentliche Äußerung zitieren oder das Stichwort „Aufarbeitungskombinat“): selbstverständlich kann man sich sehr schnell betroffen fühlen, wenn man mit Polemik konfrontiert wird, sicherlich können Menschen, wenn sie irgend etwas lesen, böswillig etwas unterstellen. Aber man kann auch gutwillig unterstellen. Und da Manés Sperber einmal sagte: „wir alle sind partiell immer im Unrecht“, muss auch jemand, der etwas in die Öffentlichkeit hineinträgt, sich gefallen lassen, nach den unbeabsichtigten Nebenwirkungen und Risiken gefragt zu werden. Und wenn es so ist, dass, wie ich Ihnen aus unserer praktischen Erfahrung sagte, eher die Delegitimierung der Diktatur auf der Kippe steht, dann wäre es geradezu fatal, wenn jetzt plötzlich nicht mehr die Repressionsbetrachtung im Vordergrund stehen soll, sondern die Alltagskultur. Das mag durchaus richtig sein, im dem Sinne, wie es Joachim Gauck und Professor Schröder dargestellt haben. Dagegen hätte die Gedenkstätte überhaupt nichts - wenn man uns denn sagte, woher für solche Dinge das Geld kommen soll. Die wirklichen Aufgaben dagegen, wie wir sie sehen, kann man mit Worten von Jürgen Fuchs wie „Diktaturprävention“ und „demokratische Selbstvergewisserung“ zusammenfassen.

Ich versuche es kurz zu machen, um die Zeit nicht zu überziehen. Die Verklärung der Vergangenheit, und das habe ich schon gesagt, der muss begegnet werden. Es ist aber auch absolut notwendig, dass 60 Millionen Deutsche, die nicht im Osten gelebt haben, begreifen, dass es hier nicht um irgendeine ostdeutsche Regionalgeschichte geht, sondern, wie Frau Birthler vollkommen richtig sagt, um deutsche Geschichte. Entscheidend wäre, dass die wirklich im Großen und Ganzen ungesicherten und notleidenden, zivilgesellschaftlich entstandenen Institutionen aus ihrer prekären Notlage herausgeführt werden. Zur Stasiunterlagenbehörde möchte ich jetzt hier nichts sagen und bitte Sie, unser Papier, das Ihnen vorliegt, mit 7 Punkten, die ich nicht alle anführen kann, zu lesen. Die für uns vielleicht wichtigste Frage ist natürlich: an welchen authentischen Orten soll Gedenken, aber auch Aufklärung stattfinden?

Der dritte Punkt – ich habe jetzt zwei Punkte unseres Votums, das Ihnen vorliegt, kurz referiert – der dritte Punkt sagt, dass es dem Votum der Expertenkommission an einer klaren Analyse der Situation und an daraus abgeleiteten Fragen mangelt. Statt dessen wird ein abstrakter Wille zur Neuordnung im Sinne des oft diskutierten Geschichtsverbundes sichtbar. Wieder Risiken und Nebenwirkungen! Wir befürchten nicht nur, sondern wir meinen, dass die zentralen Vorschläge der Kommission, das Drei-Säulen-Modell, eher darauf hinauslaufen werden, Zentralisierung zu fördern, sowie Kräfteressourcen zu binden und den manchmal schon verzweifelten Kampf gegen die Neulegitimierung linkstotalitärer Politikentwürfe nicht nur zu entwerten, sondern auch nachhaltig zu schwächen. Jemand, der in der DDR gelebt hat, ja viele von denen, die sogar Widerstand gegen diese „blöde Diktatur“, wie Fuchs mal sagte, geleistet haben, wissen natürlich sehr genau, was Alltag bedeutet. Aber vielleicht darf ich den lieben Wolf Biermann zitieren, der ja ein paar Meter von hier entfernt in der Chausseestraße einmal das berühmte Album „Warte nicht auf bessere Zeiten“ herausgebracht hat. Da gibt es eine Ballade, die sagt: „Und überhaupt ist ja zum schreien / der ganze deutsche Skatverein / dies dreigeteilte deutsche Land / und was ich dort an Glück auch fand / das steht auf einem anderen Blatt / Ich hab es satt.“ Auf einem *anderen* Blatt!

Aus unserer Perspektive, wenn denn die Delegitimierung gelungen wäre, sollte tatsächlich eine tiefgründige Beschäftigung mit dem Alltag einmal auf der Tagesordnung stehen. Wenn man aber nicht genau sagt, wie jetzt überhaupt weiter gearbeitet und gelebt werden kann, angesichts sich verdoppelnder und verdreifachender Besucherzahlen, zum Beispiel in der Gedenkstätte Hohenschönhausen, dann erwachsen daraus tatsächlich, wie wir meinen, rationale Befürchtungen. Und nicht irrationale Ängste.

Viertens ist es aus unserer Perspektive entscheidend - auch da sehen wir einen großen Mangel des Papiers der Expertenkommission -, dass man klar definiert, was man eigentlich mit „Vernetzung“ und „Professionalisierung“ meint. Es ist zum Teil verletzend für ehemalige Häftlinge, die in der Gedenkstätte Hohenschönhausen aber auch woanders arbeiten, wenn immer wieder durch die Presse die Behauptung des Mangels an Professionalität geistert. Ohne dass man sagt, was das sein soll! Wenn sich eine Aufarbeitungsinstitution wie die Normannenstraße, wie Hohenschönhausen, sagen wir mal, als Dienstleister versteht, dann ist sie ja kundenorientiert, dann ist sie für ihre Besucher, für die Rezipienten da. Und wenn sie hier erfolgreich ist, ist sie dann etwa nicht professionell? Oder wenn es viele Leute gibt, die zwar ehemalige Häftlinge sind und durchaus Emotionen hervorrufen in ihrer Arbeit, die aber auch Akademiker, die promoviert sind, die Hochschullehrer sind – einer sitzt neben mir –, dann ist es einfach nicht fair, immer wieder von notwendiger Professionalisierung zu reden, ohne genau zu sagen, was das eigentlich sein soll. Nächstes Stichwort: Vernetzung. Was eine kleine Institution wie Hohenschönhausen oder die Normannenstraße an Vernetzung mit dem Personalbestand und dem Geld, das sie hat, machen kann, ist gemacht, wird gemacht. Nur ein Hinweis auf die Praxis: Nahezu alle Wanderausstellungen der BStU sind in Hohenschönhausen gezeigt worden. Die Normannenstraße und wir, aber auch die Bernauer Straße, Mauergedenkstätte, arbeiten bei Seminaren und Projekttagen oft zusammen. Wo

wir aber tatsächlich ein Fehlen von Vernetzung sehen, und da müsste ein Fortschritt zu erreichen sein, das wäre die internationale Ebene. Da gibt es wirklich ein großes Defizit. Die Frage ist nur, wo sollen die Personalmittel dafür herkommen?

Ich überspringe jetzt den Punkt, der sich mit der Birtler-Behörde befasst. Wir haben dazu festgestellt, dass im Votum der Expertenkommission über die komplizierten praktischen Fragen, die durch einen gleitenden Übergang (bei einer Aufgabenverlagerung der Behörde) hervorgerufen würden, eigentlich fast nichts steht. Aufgefallen ist uns - jetzt bin ich bei unserem Punkt 6 -, dass man sich demgegenüber vergleichsweise detailliert mit der Gedenkstätte Hohenschönhausen und der Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße beschäftigt. Der Verschmelzungsvorschlag ist ja schon mehrfach diskutiert worden. Wir können dafür keinen Sinn und keine Notwendigkeit sehen. Vernetzung ja, aber wozu Verschmelzung? Wir sehen, dass eine empirische Analyse der Arbeit der betroffenen Institutionen durch die Expertenkommission nicht vorgenommen wurde, trotz eines kurzen Besuchs, zumindest bei uns. Könnten vielleicht auch institutionelle Bedürfnisse, wie die mögliche Verlängerung der Existenz der Gauck-Behörde, mit der geplanten Übernahme kleinerer, aber marktwirtschaftlich-kundenorientierter, im gesellschaftsorientierten Sinne erfolgreicher Institutionen, verbunden sein?

Ich überspringe jetzt einiges, möchte Ihnen aber noch einen Gedanken nahe bringen, ehe ich zum letzten Punkt komme. Die Wirkungsstärke einer Aufarbeitungsinstitution hat unserer Ansicht nach natürlich ein entscheidender Maßstab zu sein für die Beurteilung dessen, was dort geschieht oder nicht geschieht, ob gut oder schlecht gearbeitet wird. Sie ist immer an den Ort gebunden, und es gibt immer ein ortsgebundenes Profil der Institution. Selbst wenn man sich, weil es sinnfälliger ist, ein Zusammengehen der Gedenkstätte Normannenstraße mit der Gedenkstätte Hohenschönhausen vorstellen mag - von mir aus als selbständige Stiftung öffentlichen Rechts -, bleibt die Frage offen, ob die „Firmenkulturen“ wirklich zusammenpassen und ob es notwendig und sinnvoll ist, hier vermeintliche Synergieeffekte erreichen zu wollen. Dort der „Ort der Täter“, hier der „Ort der Opfer“, aber müssen die wirklich unter ein Dach kommen? Uns ist bisher noch keine überzeugende Begründung bekannt geworden. Wir glauben auch nicht, dass Zentralisierung oder Koordinierung, was immer das bedeutet, Kosten sparen würde. Vielmehr ist es unsere Erfahrung in der nun mittlerweile schon 10 Jahre existierenden Gedenkstätte und in der seit 5 Jahren als richtige Stiftung nach Landesgesetz geleisteten Arbeit, dass Reibungsverluste und Entwicklungsprobleme gerade durch die Kompliziertheit und Langwierigkeit bürokratischer Abläufe verstärkt werden. Im Jahre 2001 hat die Gedenkstätte ein vom Wissenschaftlichen Beirat beschlossenes Präsentations- und Ausstellungskonzept für eine Dauerausstellung vorgelegt. Es ist der Politik, wenn ich das etwas polemisch sagen darf, zu verdanken, dass es nicht zur Umsetzung kam. Auch die Einsetzung der Sabrow-Kommission hat dazu geführt, dass die Realisierung dieser Dauerausstellung wieder zurückgestellt wurde. Das heißt, es wird irgendwann so weit gekommen sein, dass im Jahre 2010 plus X die Dauerausstellung da ist, die eigentlich konzeptionell schon 2001 vorgelegen hat.

Deswegen wäre es aus unserer Sicht, wenn man vielleicht noch Wünsche an die Politik formulieren dürfte, viel wichtiger, die dünne Personaldecke zu verstärken. Denn ursprünglich sollte die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen 15 Stellen, darunter vier für wissenschaftliche Mitarbeiter, bekommen. Drei Wissenschaftlerstellen - ausgerechnet die! - sind im Jahre 2000 gestrichen worden. Und die verbliebenen zwölf Beschäftigten, die heute fest angestellt sind, hatten danach eine Verdoppelung und Verdreifachung der Besucherzahlen zu verkraften. Könnte man denn, wenn sich die Aufgaben der Birtler-Behörde langfristig und gleitend ändern, nicht von dort Wissenschaftler in die Gedenkstätte Hohenschönhausen abordnen? Das wäre eine Vernetzung, die wir sehr begrüßen würden! Es hätte auch den Charme, dass Wissenschaftler mit dem Status „BStU-Mitarbeiter“ sehr viel leichter an die für die Erforschung der Geschichte notwendigen MfS-Akten herankämen, als das externe Uni-Wissenschaftler bisher können.

Letzter Punkt: Wir wünschen uns, dass die Verunsicherung durch die Kommissionsempfehlungen, die frühzeitig sehr triumphalistisch in der „Jungen Welt“ und dann sehr knapp im „Spiegel“ kommuniziert wurden, was bei Opfern, bei Mitarbeitern, bei Zuwendungsgebern erhebliche Irritationen auslöste, dass diese Verunsicherung wieder zurückgeführt wird, dass alles in ruhigere Bahnen kommt. Wir wünschen auch, dass wir uns wieder unseren eigentlichen Aufgaben zuwenden können. Nach Stiftungsgesetz heißt das, „zur Auseinandersetzung mit den Formen und Folgen politischer Verfolgung und Unterdrückung in der kommunistischen Diktatur anzuregen“. Wir wollen der drohenden Verklärung der kommunistischen Diktatur entgegen wirken und bitten dafür um Unterstützung.

Vielen Dank!

Berlin, 6. Juni 2006